

*Stefan Siedentop, Norbert Uphues*

## **Ländliche Räume im Sog der Reurbanisierung? Befunde für Baden-Württemberg und raumordnungspolitische Schlussfolgerungen**

URN: urn:nbn:de:0156-3977094



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

S. 187 bis 203

Aus:

Axel Fricke, Stefan Siedentop, Philipp Zakrzewski (Hrsg.)

## **Reurbanisierung in baden-württembergischen Stadtregionen**

Arbeitsberichte der ARL 14

Hannover 2015

Stefan Siedentop, Norbert Uphues

## **Ländliche Räume im Sog der Reurbanisierung? Befunde für Baden-Württemberg und raumordnungs- politische Schlussfolgerungen**

### **Gliederung**

- 1 Einleitung
- 2 Raumstrukturelle Trends in Baden-Württemberg
  - 2.1 Trendbruch der demographischen Entwicklung
  - 2.2 Wirtschaftliche Entwicklung als Ursache?
  - 2.3 Standörtliche Ausdifferenzierung
  - 2.4 Zwischenfazit
- 3 Anforderungen an eine neue Raumentwicklungspolitik

Literatur

### **Kurzfassung**

Baden-Württembergs ländliche Räume galten über Jahrzehnte als Nutznießer des wirtschaftlichen Strukturwandels. Davon zeugen ein robustes Wirtschaftswachstum und ein kontinuierlicher Bevölkerungszuwachs, gespeist vor allem durch Zuwanderungen. In den vergangenen Jahren ist indes ein deutlicher Trendbruch erkennbar. Im Jahr 2005 war die Bevölkerungszahl im ländlichen Raum erstmals seit vielen Jahren rückläufig und auch für die kommenden Jahre muss mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl gerechnet werden. Wanderungsverluste bei jüngeren Altersjahrgängen zugunsten der verdichteten Landesteile sind für diese Entwicklung zentral verantwortlich. Darüber hinaus hat aber auch die Zuwanderung von Personen im Familienalter abgenommen. Ländliche Räume befinden sich somit in gewisser Weise im „Sog der Reurbanisierung“. Auch wenn sich die Wanderungsverluste ländlich geprägter Regionen in den kommenden Jahren vermutlich abschwächen werden, sollte die Raumordnungs- und Strukturpolitik auf diese Entwicklung mit einer veränderten Strategie reagieren. War es jahrzehntelang ein weitgehend unbestrittenes Politikziel, strukturschwächeren Regionen den „Anschluss nach oben“ zu ermöglichen, gerät eine primär wachstumsorientierte Politik in Regionen mit anhaltenden demographischen Schrumpfungsprozessen an Grenzen. Erforderlich sind vielmehr Konzepte, die eine örtliche Anpassung an veränderte demographische und damit auch fiskalische Realitäten ermöglichen. „Anpassung“ bedeutet dabei in erster Linie, bestehende Strukturen und Systeme auf Bedingungen einer schrumpfenden und alternden Bevölkerungsbasis einzustellen.

## Schlüsselwörter

Reurbanisierung – Ländliche Räume – Bevölkerungsentwicklung – Wanderungen – Raumordnung

## Rural Areas in the Wake of Re-Urbanization? Findings for Baden-Württemberg and Spatial Policy Consequences

### Abstract

For decades Baden-Württemberg's rural areas were among the top gainers of structural economic change. They experienced robust economic growth and continuous increases in population, mainly driven by in-migration. However, demographic trends have significantly changed in the recent past. In 2005, population change outside of metropolitan areas was negative for the first time for many years and forecasts project a considerable demographic decline. Especially young people leave rural areas for educational purposes or for better jobs. Moreover, the in-migration of middle-aged people from metropolitan areas has noticeably slowed. It seems that rural areas suffer from a powerful demographic pull to the metropolitan cores and their nearby suburbs. Although it is not yet clear whether these patterns will persist over longer periods, traditional growth-oriented spatial policies require reassessment. For demographically declining rural towns and villages more realistic "adaptive" development approaches are needed. Adaptation in this context means that housing and infrastructure stocks have to be adapted to suit decreasing demand and an ageing society.

### Keywords

Re-Urbanization – Rural areas – Demographic development – Migration – Spatial policies

## 1 Einleitung

Baden-Württembergs ländliche Räume konnten über Jahrzehnte als Nutznießer des wirtschaftlichen Strukturwandels bezeichnet werden. Ländlich geprägte Regionen wiesen ein gemessen am Landesdurchschnitt überdurchschnittliches Wachstum der Wirtschaftsleistung (Dominé 2007) und Beschäftigung auf, getragen vor allem von einem international wettbewerbsfähigen produzierenden Gewerbe. Die regionalen Disparitäten hatten sich seit den 1960er-Jahren erkennbar abgeschwächt, was – wie auch in anderen Teilen des früheren Bundesgebietes – Erwartungen einer mittelfristig erreichbaren Konvergenz der regionalen Einkommensentwicklung genährt hat (siehe hierzu auch Peschel/Bröcker 1988; Seitz 1995; Bade/Niebuhr 1999). Ein expandierender Arbeitsmarkt war wiederum die Basis für eine stabile Zuwanderung. So konnten ländliche Räume in der Abgrenzung des Landesentwicklungsplans 2002 (LEP 2002) von 1950 bis zur deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 gut 900.000 Einwohner hinzugewinnen, was einem Wachstum von deutlich mehr als einem Drittel entspricht. Seit 1990 sind noch einmal beachtliche 340.000 Einwohner hingekommen. Wanderungsgewinne waren in beiden Zeiträumen in erheblichem Umfang an diesem Zuwachs beteiligt.

In den vergangenen Jahren ist indes ein deutlicher Trendbruch erkennbar. In den Jahren 2005 bis 2011 war die Bevölkerungszahl in Baden-Württembergs ländlichen Räumen jeweils rückläufig und auch für die kommenden Jahre wird mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl gerechnet (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010). Fragt man

nach den Ursachen, ist zunächst auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung zu verweisen. Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts verlieren ländliche Räume insgesamt an Einwohnern durch die die Geburten übersteigenden Sterbefälle. Im Jahr 2009 hatte bereits mehr als die Hälfte aller Gemeinden in ländlichen Räumen eine negative natürliche Bevölkerungsbilanz (siehe auch Tab. 3). Noch entscheidender sind jedoch die Wanderungsverluste, woran jüngere Altersjahrgänge in hohem Maße beteiligt sind (siehe hierzu auch die Beiträge von Brachat-Schwarz/Schmidt und Hochstetter in diesem Band). Der Wanderungssaldo der 18- bis 25-jährigen Personen ist seit 2005 negativ und in den vergangenen Jahren haben sich die Wanderungsverluste dieser Altersgruppe stetig erhöht. Während die ‚kippende‘ natürliche Bevölkerungsentwicklung im Wesentlichen auf einen Altersstruktureffekt zurückzuführen ist, könnten die Veränderungen des Wanderungsgeschehens auch auf Verhaltensänderungen der Bevölkerung zurückzuführen sein, was nachfolgend näher untersucht werden soll.

Als Ergebnis dieses Prozesses lässt sich eine Spreizung der Bevölkerungsentwicklung in den Raumkategorien Baden-Württembergs feststellen: Während die verdichteten Räume – hier aus methodischen Gründen Agglomerationsräume genannt<sup>1</sup> – ein anhaltendes Bevölkerungswachstum verzeichnen, werden die ländlichen Räume von Schrumpfung erfasst. Die in den 1980er- und 1990er-Jahren ausgeprägte Dekonzentration der Bevölkerung wurde in den 2000er-Jahren somit durch eine Konzentration zugunsten der Verdichtungsräume abgelöst.

Über die Persistenz dieser hier nur schlaglichtartig skizzierten Entwicklungsmuster wird seit längerem diskutiert (Herfert/Osterhage 2012; BBSR 2011; Siedentop 2008; Hesse 2008; Hirschle/Schürt 2008; Köppen 2005). Sollte die Reurbanisierung nicht nur ein vorübergehendes Phänomen sein – wofür gewichtige Argumente sprechen –, muss in ländlichen Räumen mit einem beschleunigten Prozess der Bevölkerungsschrumpfung und -alterung gerechnet werden. Die mittel- und langfristigen Folgeeffekte demographischer Schrumpfung sind weitgehend bekannt – betroffen sind neben dem Arbeitsmarkt, den Bildungs- und sozialen Sicherungssystemen insbesondere die Infrastrukturversorgung und der Immobilienmarkt (siehe zum Beispiel Beetz 2007; Banse/Effenberger 2006; Schiller/Siedentop 2005; Just 2004; Koziol 2004). Die Entscheidungsträger auf allen relevanten Ebenen, vom Land bis hin zur Kommune, sind herausgefordert, Strategien zu entwickeln, mit welchen mögliche negative Folgen dauerhafter Bevölkerungsrückgänge minimiert werden können. Wie solche Strategien allerdings aussehen können und wie deren Implementation auszugestalten ist, ist erst in Ansätzen erkennbar.

Vor diesem Hintergrund zielt der vorliegende Beitrag auf eine Bestandsaufnahme und Bewertung der aktuellen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in ländlichen Räumen und ihrer raumstrukturellen Ausprägungen. Gezeigt wird, dass Bevölkerungsrückgänge in ländlichen Räumen auch als großräumliche „Sogwirkung“ im Zuge von Reurbanisierungsprozessen gedeutet werden können (Abschnitt 2.1 und 2.2). Im Anschluss daran wird ein konzeptioneller Rahmen einer anpassenden Raumordnungspolitik vorgestellt, deren primäres Ziel nicht darin besteht, Bevölkerungsrückgängen entgegenzuwirken, sondern Städte und Gemeinden an veränderte demographische Bedingungen anzupassen (Abschnitt 3).

---

<sup>1</sup> Als „Agglomerationsraum“ wird im Folgenden die im LEP 2002 ausgewiesenen Verdichtungsräume sowie die Randzone der Verdichtungsräume bezeichnet. „Ländliche Räume“ umfassen dagegen die „verdichteten Bereiche im ländlichen Raum“ sowie den „Ländlichen Raum im engeren Sinne“ (LEP 2002).

Dieser Beitrag greift dabei auf Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Der Beitrag der ländlichen Räume Baden-Württembergs zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion – Positionsbestimmung und Zukunftsszenarien“ zurück, welches am Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung der Universität Stuttgart durchgeführt wurde (Siedentop/Junesch/Uphues et al. 2011). Das Projekt hatte die Aufgabe, eine sachlich breit angelegte und räumlich tief gegliederte Bilanzierung des Beitrags ländlich geprägter Räume zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes vorzunehmen. Mit einer breiten Auswertung verfügbarer statistischer Daten zu Beschäftigung, Wertschöpfung, Bildung und Qualifikation sowie Bevölkerung und Daseinsvorsorge wurden die ländlichen Räume Baden-Württembergs als Produktions- und Lebensraum bewertet. Auf dieser Grundlage wurden Handlungsempfehlungen für die ländliche Struktur- und Entwicklungspolitik formuliert.

## 2 Raumstrukturelle Trends in Baden-Württemberg

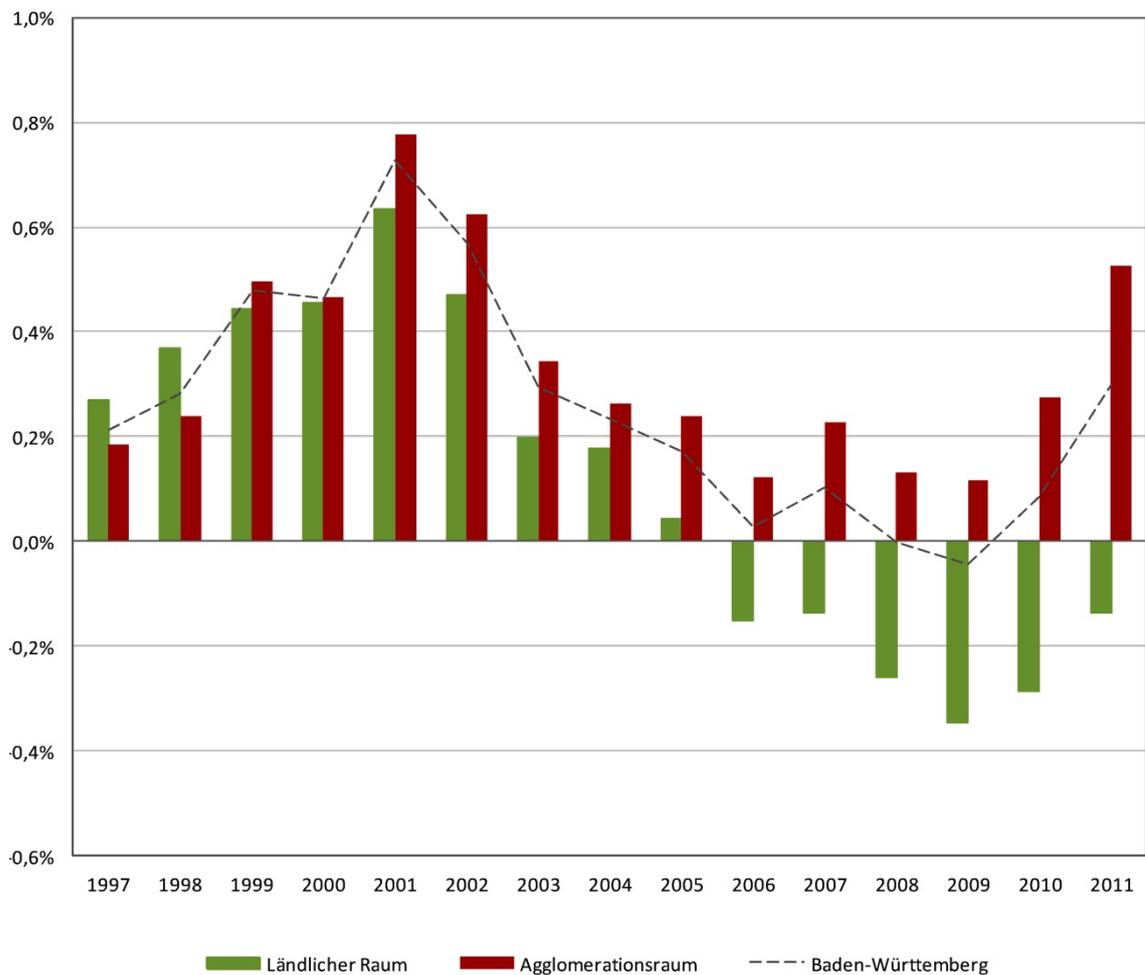
### 2.1 Trendbruch der demographischen Entwicklung

Wie einleitend ausgeführt wurde, erfuhr die Bevölkerungsentwicklung des ländlichen Raumes in den vergangenen Jahren einen markanten Trendbruch. Während in den Jahren 1996 bis 2001 noch eine – gemessen am Landesdurchschnitt – überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme zu verzeichnen war, hat sich das Bild seit dem Jahr 2002 deutlich verändert (Abb. 1). Die Bevölkerungsentwicklung der ländlichen Räume liegt seitdem unter dem Landesdurchschnitt und der Abstand wird von Jahr zu Jahr größer. In den Jahren 2006 bis 2011 traten im ländlichen Raum sogar negative jährliche Veränderungsdaten auf. Aufgrund der steigenden Zuwanderung aus dem Ausland waren die Verluste in den Jahren 2010 und 2011 allerdings rückläufig.

Eine längerfristige Betrachtung unterstreicht die Signifikanz des oben konstatierten Übergangs von einer relativen Dekonzentration der Bevölkerungsverteilung in Baden-Württemberg in den 1980er- und 1990er-Jahren in eine relative Konzentration seit 2000 (Tab. 1). Waren die Wachstumsraten der Bevölkerung im Agglomerationsraum in den 1950er- bis 1970er-Jahren höher als in ländlichen Räumen, so kehrte sich dies in den beiden nachfolgenden Jahrzehnten um. So konnten ländliche Räume in den 1990er-Jahren bei einem Bevölkerungsanteil von etwa einem Drittel gut 44 Prozent des gesamten Bevölkerungszuwachses des Landes auf sich ziehen (Tab. 2). In den Jahren seit 2000 partizipierten ländliche Räume dagegen nur noch mit weniger als 20 Prozent am landesweiten Bevölkerungszuwachs.

Diese Entwicklung kann durchaus im Kontext der Reurbanisierungsdiskussion bewertet werden, denn es ist primär das Wanderungsgeschehen, welches für Bevölkerungsverluste der ländlichen Räume und die Gewinne der verdichteten Landesteile verantwortlich zeichnet. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist bislang erst in geringerem Umfang am Bevölkerungsrückgang beteiligt. Dennoch ist zu konstatieren, dass immer mehr Gemeinden aufgrund von Sterbeüberschüssen und Nettoabwanderung schrumpfen: 2011 waren bereits fast ein Drittel aller Gemeinden in ländlichen Räumen von einer „doppelt gespeisten“ Schrumpfung betroffen, im Jahr 1996 waren dies noch weniger als 15 Prozent (Tab. 3).

Abb. 1: Veränderung des Bevölkerungsstandes gegenüber dem Vorjahr in ländlichen Räumen, im Agglomerationsraum sowie im Land Baden-Württemberg insgesamt



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Tab. 1: Wachstumsraten der Bevölkerung im Agglomerationsraum und ländlichen Räumen seit 1950 (Angaben in %)

Raumtyp	1950 - 1961	1962 - 1970	1971 - 1981	1982 - 1990	1991 - 2000	2001 - 2008
Agglomerationsraum	26,5	15,6	4,5	5,8	5,6	3,2
Ländliche Räume	11,0	12,8	3,2	6,6	8,7	1,4
Baden-Württemberg	20,7	14,6	4,1	6,1	6,7	2,6

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Tab. 2: Anteil am Bevölkerungswachstum des Landes seit 1950 (Angaben in %)

Raumtyp	1950 - 1961	1962 - 1970	1971 - 1981	1982 - 1990	1991 - 2000	2001 - 2008
Agglomerationsraum	80,0	69,8	73,1	63,1	55,7	81,0
Ländliche Räume	20,0	30,2	26,9	36,9	44,3	19,0

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Tab. 3: Gemeinden in ländlichen Räumen (n= 656) nach Typen der Bevölkerungsdynamik (1996 – 2011)

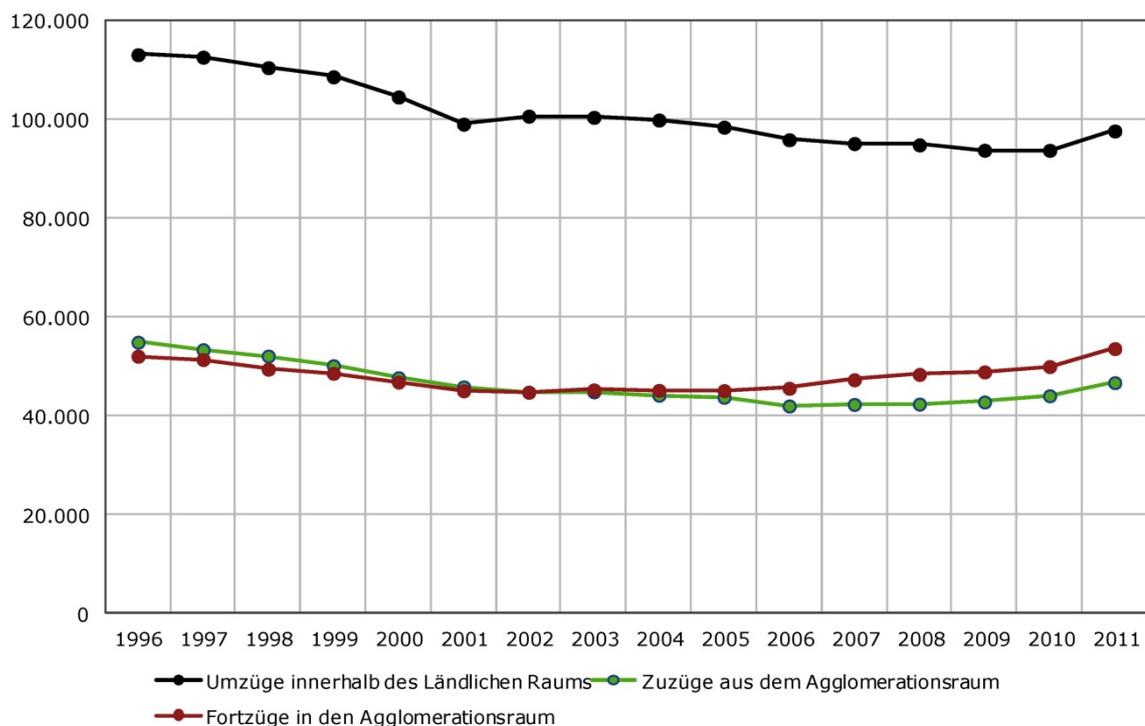
Gemeindetyp	Jahr		Veränderung der Anzahl im Zeitraum 1996 – 2011
	1996 [Anzahl]	2011 [Anzahl]	
Geburtenüberschuss und Nettozuwanderung	346	98	-248
Geburtenüberschuss größer oder gleich der Nettoabwanderung	60	31	-29
Sterbeüberschuss geringer oder gleich der Nettozuwanderung	56	129	+73
Geburtenüberschuss geringer oder gleich der Nettoabwanderung	126	128	+2
Sterbeüberschuss größer oder gleich der Nettozuwanderung	12	66	+54
Sterbeüberschuss und Nettoabwanderung	56	204	+148

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Eine genauere Analyse der Verflechtungen der Binnenwanderung zeigt, dass der ländliche Raum seit einigen Jahren eine negative Wanderungsbilanz mit dem Agglomerationsraum aufweist. Profitierte der ländliche Raum bis 2002 von einer Nettozuwanderung aus dem Agglomerationsraum, so ist seit 2002 eine Nettoabwanderung zu verkräften (Abb. 2). Allein im Jahr 2011 führte dies zu einem Bevölkerungsverlust von fast 7.000 Personen. Die Großstädte sind als Wanderungsziele hieran überproportional beteiligt. So mussten die Gemeinden in ländlichen Räumen (im engeren Sinne) seit 2005 einen jährlichen (Netto-)Wanderungsverlust im Umfang von 3.500 bis 4.500 Personen allein an die Großstädte des baden-württembergischen Verdichtungsraumes verkräften.

Die Hintergründe dieser Entwicklung sind derzeit Gegenstand intensiver Diskussionen in Wissenschaft und Politik. Häufig wird mit sog. Kohorteneffekten argumentiert, wonach die Zahl der Personen im Alter von 18 bis 25 Jahren mit einer besonders hohen Wanderungsintensität zugenommen hat (vor allem Menschen im Ausbildungsalter). Würde dies zutreffen, käme ein Altersstruktureffekt zum Tragen, der sich in einer steigenden Zahl von großstadtorientierten Wanderungsfällen jüngerer Menschen äußert. Gegen dieses Erklärungsmuster spricht indes, dass die Belegung der besonders wanderungsaktiven Altersjahrgänge (18 bis 35 Jahre) in Baden-Württemberg in den 1990er-Jahren höher war als zu Beginn der 2000er-Jahre. Allerdings verzeichnete die betreffende Altersgruppe zwischen 2000 und 2010 eine ansteigende Besetzungstärke, womit Struktureffekte zumindest teilweise für die starken Wanderungsgewinne der Verdichtungsräume und hier vor allem der Oberzentren mitverantwortlich gemacht werden können (siehe hierzu auch die Beiträge von Brachat-Schwarz/Schmidt und Hochstetter in diesem Band).

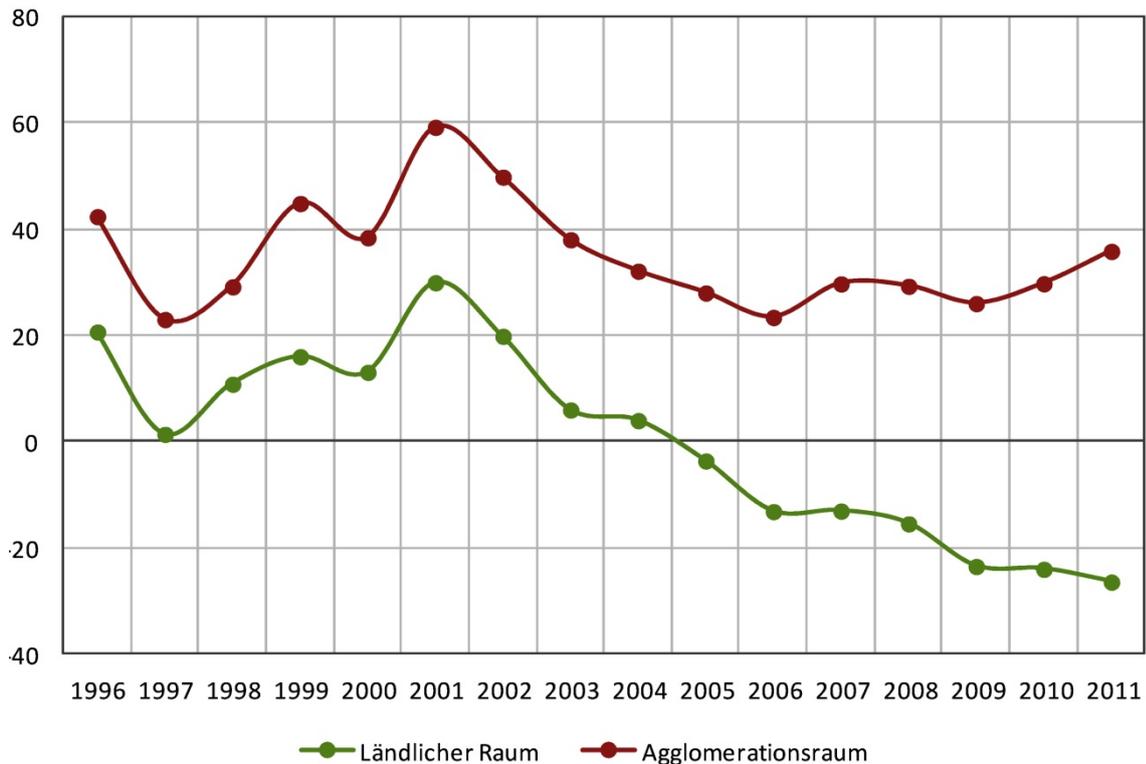
Abb. 2: Wanderungen zwischen den Raumkategorien von 1996 bis 2011



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Abb. 3 zeigt jedoch, dass Struktureffekte alleine die Trendveränderungen nicht erklären können, denn eine Berechnung des relativen Wanderungssaldos (Wanderungssaldo je 1.000 Personen der betrachteten Bevölkerungsgruppe) verdeutlicht die stärkere Abwanderungsneigung jüngerer Menschen aus ländlichen Räumen und/oder eine geringere Zuwanderungsneigung. Hier kommen vor allem der „Akademisierung“ der Bildung (als Anteilzuwachs von akademischen Bildungsabschlüssen), möglicherweise auch wirtschaftlichen Veränderungen und sozialen Präferenzen erklärende Bedeutung zu (siehe hierzu den nachfolgenden Abschnitt und den Einführungsbeitrag in diesem Band).

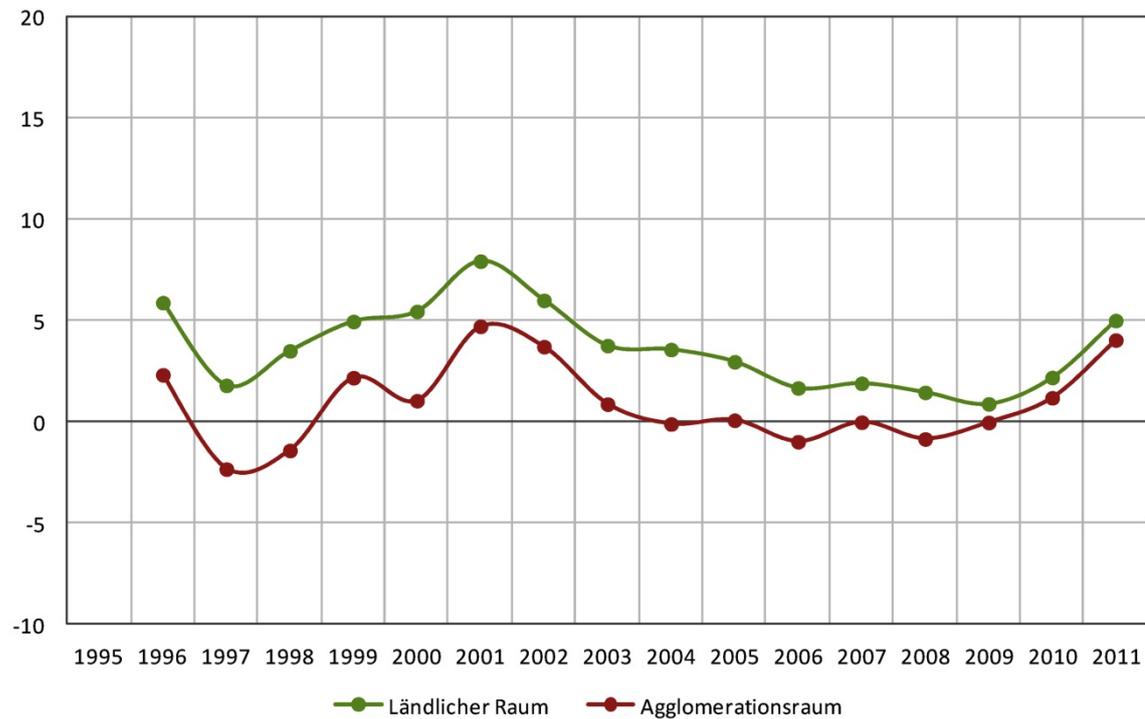
Abb. 3: Entwicklung des Saldos der 18- bis 30-Jährigen je 1.000 Einwohner der Altersgruppen von 1996 bis 2011



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Darüber hinaus könnte eine höhere ‚Verbleibneigung‘ von Familien in den Kernstädten oder den höher verdichteten Umlandräumen Hintergrund verringerter Zuwanderung in ländliche Räume sein. War die Familie jahrzehntelang die entscheidende Haushaltsform bei Sub- und Deurbanisierungsprozessen, scheint die Dynamik zentrifugaler Wanderungsströme deutlich nachgelassen zu haben. In den 2000er-Jahren gingen die Wanderungsgewinne der Personen im familienrelevanten Alter (zwischen 30 und 50 Jahren) in ländlichen Räumen stetig zurück, wozu aber auch eine verringerte Zuwanderung aus dem Ausland oder anderen Bundesländern beigetragen haben könnte. Im Jahr 2009 war der relative Wanderungssaldo nur noch minimal positiv (Abb. 4). Würde sich dies so fortsetzen, wären ländliche Räume von einer zunehmenden Abwanderungsneigung jüngerer Menschen betroffen und zugleich von einer geringeren Zuwanderungsneigung von Familien aus den Verdichtungskernen. Die höheren Werte für 2010 und 2011 könnten auf den in beiden Jahren höheren Zuzug aus dem Ausland erklärbar sein. Denkbar ist aber auch, dass die zunehmende Anspannung der Wohnungsmärkte in den Verdichtungskernen erneut zu räumlichen Ausweichreaktionen führt.

Abb. 4: Entwicklung des Saldos der 30- bis 50-Jährigen je 1.000 Einwohner der Altersgruppe von 1996 bis 2011



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

## 2.2 Wirtschaftliche Entwicklung als Ursache?

In der wissenschaftlichen Debatte um die Ursachen der Reurbanisierung wird häufig mit wirtschaftlichen Faktoren argumentiert. Danach habe die Herausbildung einer stärker wissensorientierten Ökonomie zu einem Bedeutungszuwachs von Metropolen und Verdichtungsräumen geführt (siehe zum Beispiel Geppert/Gornig 2010; Buch/Hamann/Niebuhr 2010; Kujath/Schmidt 2007). Große Städte und ihr engeres Umland gelten als Knotenpunkte der für die wissensbasierte Ökonomie bedeutenden Wirtschaftsbereiche. Sie strahlen in Form eines reichhaltigen Reservoirs an hochqualifizierten Arbeitskräften, einer qualifizierten Infrastruktur sowie den in vielfältiger Form vorhandenen Wissensressourcen die größte Attraktivität auf die Unternehmen in wissensintensiven Branchen aus. Insbesondere die Kernstädte präsentieren sich als Räume hoher Wissens- und Kulturproduktion und bieten Möglichkeiten für postindustrielle Arbeits- und Lebensformen. Nicht nur ihre höhere Akteursdichte und -vielfalt wird ihnen als Vorteil zugeschrieben, sondern auch ihre stärkere Einbindung in globale (Wissens-)Netzwerke (Brandt/Krätke/Hahn et al. 2008: 9).

Für Baden-Württemberg scheinen derartige Erklärungsansätze jedoch auf den ersten Blick nicht zutreffend zu sein. In den letzten 10 Jahren fielen die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung in ländlichen Räumen zum Teil höher aus als in den verdichteten Landesteilen (ausführlich hierzu Siedentop/Junesch/Uphues et al. 2011: 29 ff.). Die wirtschaftliche Entwicklung beider Raumkategorien hat sich insgesamt in bemerkenswertem Gleichschritt vollzogen. Auch bei der Beschäftigungsentwicklung ist eine auffällige

Gleichmäßigkeit in der Entwicklung beider Raumkategorien erkennbar. Im Zeitraum zwischen 1996 und 2010 konnten ländliche Räume und der Agglomerationsraum ein beachtliches Beschäftigungswachstum von mehr als 5 Prozent realisieren. Rückgrat dieser Entwicklung ist in ländlichen Räumen das produzierende Gewerbe, welches seinen Wertschöpfungsanteil in den vergangenen Jahren sogar – gegen den Bundes- und Landestrend – weiter ausbauen konnte. Die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung drückt sich auch in einer geringen Arbeitslosenquote aus, die 2010 bei etwas über 6 Prozent lag und sogar geringer ausfiel als im Agglomerationsraum.

Eine gegenüber dem Agglomerationsraum zurückbleibende Entwicklung von Wertschöpfung und Beschäftigung in ländlichen Räumen, die als Erklärung für veränderte Wanderungsmuster dienen könnte, ist somit nicht feststellbar. Allerdings wird deutlich, dass ländliche Räume in den wissensintensiven Wirtschaftsbereichen erkennbare Defizite aufweisen. So waren 2007 42 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVP) im Agglomerationsraum Baden-Württembergs in einem forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweig tätig, während dieser Anteil in ländlichen Räumen nur bei etwa 34 Prozent lag. Es lässt sich ferner feststellen, dass das Qualifikationsniveau der Beschäftigten in ländlichen Räumen signifikant unterdurchschnittlich ist, gemessen am Niveau des Agglomerationsraumes. So lag der Anteil der Hochschulabsolventen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2009 mit 13,3 Prozent im Agglomerationsraum deutlich höher als in ländlichen Räumen, die lediglich eine Quote von 6,3 Prozent aufwiesen (Siedentop/Junesch/Uphues et al. 2011: 40 ff.).

Der ländliche Arbeitsmarkt ist somit in geringerem Umfang durch hochqualifizierte Beschäftigung geprägt. Dienstleistungsberufe mit akademischen Ausbildungsanforderungen sind hier unterrepräsentiert. Ob dies das Wanderungsverhalten jüngerer Erwachsener signifikant beeinflusst, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Hier offenbart sich erheblicher Forschungsbedarf zu den Wanderungsmotiven verschiedener Altersgruppen.

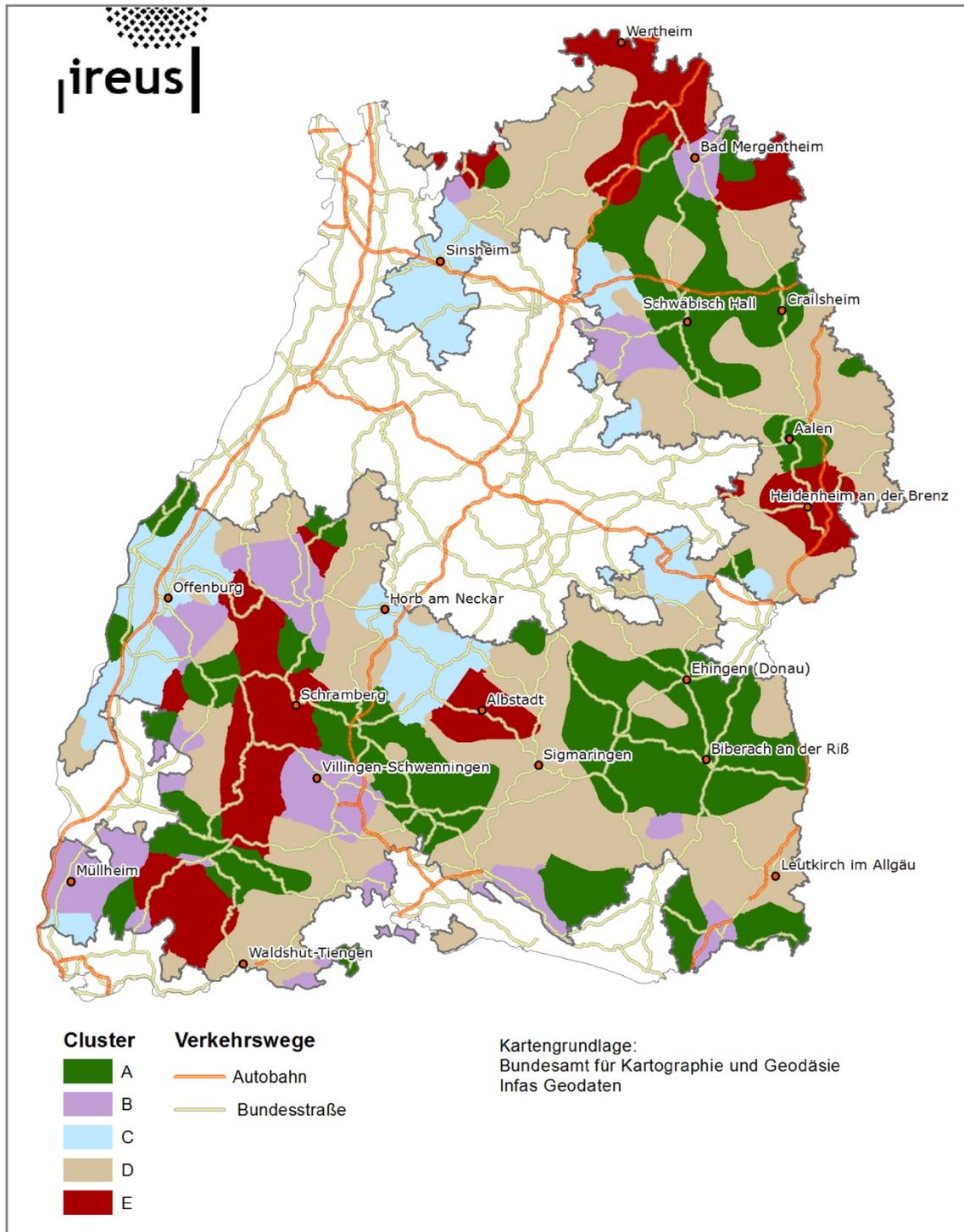
### 2.3 Standörtliche Ausdifferenzierung

Die oben dargestellten Entwicklungen haben sich innerhalb ländlicher Gebiete standörtlich unterschiedlich ausgewirkt. Regionen mit anhaltenden Wachstumsbedingungen von Bevölkerung und Wirtschaftsleistung stehen neben Regionen, die mit sich verstärkenden Bevölkerungsrückgängen und unterdurchschnittlicher Wirtschaftsentwicklung konfrontiert sind. Mithilfe einer Clusteranalyse für alle Gemeinden in ländlichen Räumen Baden-Württembergs haben Siedentop, Junesch und Uphues et al. (2011: 122 ff.) teilräumliche Entwicklungsgefälle aufzeigen können. Dabei wurden 10 Indikatoren aus den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung (Beschäftigungsentwicklung und Qualifikationsniveau der Beschäftigung), Demographie und Erreichbarkeit eingesetzt (Tab. 4). Der Betrachtungszeitraum umfasst meistens die Jahre zwischen 2002 und 2008. Eine Besonderheit der Clusteranalyse war es, dass jede Gemeinde im Kontext ihres Einzugsbereiches betrachtet wird (zu Einzelheiten der Methodik siehe Siedentop/Junesch/Uphues et al. 2011: 122 ff.).

Im Ergebnis wurden fünf Cluster identifiziert, die jeweils exemplarisch für ländliche Entwicklungspfade stehen und die die erhebliche Spannweite der Entwicklung in ländlichen Räumen ausdrücken (Abb.5 und Tab.4). Dabei offenbart sich ein Polarisierungstrend: Während nicht wenige Gemeinden auf eine äußerst erfolgreiche wirtschaftliche und eine vergleichsweise stabile demographische Entwicklung verweisen können (Cluster A und B), werden andere Gemeinden mit starken Schrumpfungsprozessen wirtschaftlicher und demographischer Art konfrontiert (Cluster D und E). Die

wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen in ländlichen Räumen stellen sich damit bereits heute stark unterschiedlich dar und auch für die Zukunft kann eine anhaltende Polarisierung der raumstrukturellen Entwicklung nicht ausgeschlossen werden.

Abb. 5: Zuordnung der Gemeinden Baden-Württembergs zu Clustern



Quelle: Siedentop/Junesch/Uphues et al. (2011: 130)

Tab. 4: Indikatorwerte der Cluster (grün = positivster Wert, rot = negativster Wert aller Cluster)

Indikatoren	Cluster					Ländliche Räume
	A	B	C	D	E	
Entwicklung der Anzahl der SVP-Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (2002 - 2007, in %)	7,0	-6,6	-6,7	-6,0	-8,7	-3,1
Entwicklung der Anzahl der SVP-Beschäftigten in den Dienstleistungssektoren (2002 - 2007, in %)	3,6	2,2	3,0	2,6	0,6	2,7
Anteil der SVP-Beschäftigten mit Hochschulabschluss (2008, in %)	6,8	6,6	5,6	4,8	6,7	6,0
Anteil der SVP-Beschäftigten in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen (2007, in %)	40,7	34,7	30,3	27,3	37,4	33,8
Anteil der Arbeitslosen an der Summe der SVP-Beschäftigten und Arbeitslosen (2008, in %)	4,2	5,9	6,2	6,2	5,8	5,6
Kumulierter Geburtensaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	5,1	-12,0	-0,4	0,9	-13,6	-1,8
Kumulierter Wanderungssaldo bezogen auf 1.000 Einwohner (2002 - 2008)	7,7	27,1	14,4	-1,9	-18,0	5,2
Anteil der über 64-Jährigen an der Bevölkerung (2008, in %)	18,5	20,9	18,7	18,6	21,8	19,3
Kumulierter Wanderungssaldo der 18 bis unter 25-Jährigen bezogen auf 1.000 Einwohner der Altersgruppe (2002 - 2008)	12,5	70,1	26,4	-64,8	-104,8	-16,8
Gewichtete Erreichbarkeit von SVP-Beschäftigten innerhalb von 120 Minuten (2008, Anzahl)	39.500	49.400	91.700	41.500	35.000	48.100

Quelle: Siedentop/Junesch/Uphues et al. (2011: 131)

Über derartige binnenräumliche Entwicklungsunterschiede in ländlichen Räumen hinaus haben Siedentop/Junesch/Uphues et al. (2011) starke Gefälle der Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung innerhalb des Gemeindesystems festgestellt. Über den Zeitraum von 1996 bis 2009 war die Wachstumsrate der großen Mittelstädte mit mehr als 50.000 Einwohnern (3,4 %) fast um den Faktor 3 höher als diejenige kleiner Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern (1,4 %) (Siedentop/Junesch/Uphues et al. 2011: 64). Für die Jahre nach 2005 fallen erhebliche Bevölkerungsverluste vor allem der kleinen Landgemeinden auf, welche vor allem auf starke Wanderungsverluste zurückzuführen sind. So scheinen vor allem kleinere Gemeinden ohne leistungsfähige Infrastruktur und differenzierten Beschäftigungsbesatz mit einer forcierten Schrumpfung ihrer Bevölkerungsbasis konfrontiert zu sein (siehe hierzu auch Brachat-Schwarz 2008; Brachat-Schwarz 2010 sowie den Beitrag von Brachat-Schwarz/Schmidt in diesem Band). Ländliche Mittelzentren mit hochwertiger Bildungsinfrastruktur (vor allem Fachhochschulen) zeigen sich dagegen als ausgesprochen stabil.

Bei der Beschäftigungsentwicklung lassen sich für die Jahre 1996 bis 2009 gegenläufige Tendenzen feststellen: Während in größeren Städten eine deutlich negative Entwicklung beim produzierenden Gewerbe bei gleichzeitig starken Beschäftigungsgewinnen bei den sonstigen Dienstleistungen signifikant ist, ist es in kleineren Landgemeinden umgekehrt. Hier erweist sich der Beschäftigtenbesatz im Fertigungsgewerbe als robust, während die Wachstumsrate der Dienstleistungsbeschäftigung stark unterdurchschnittlich ausfällt (Siedentop/Junesch/Uphues et al. 2011: 39).

## 2.4 Zwischenfazit

Mit den in diesem Beitrag vorgestellten empirischen Befunden wird die aktuell weitreichende Bedeutung der Reurbanisierung für ländliche Räume unterstrichen. Dies gilt zum einen im Hinblick auf die Tatsache, dass ländliche Räume zu den Herkunftsgebieten der in die Verdichtungskerns wandernden Personen zu zählen sind. Ländliche Gemeinden verlieren somit erkennbar an Bindungskraft für jüngere Menschen, sie verlieren aber offenbar auch in ihrer Bedeutung als potenzieller Wohnstandort von (zuwandernden) Familien. Zum anderen können auch innerhalb ländlicher Räume Konzentrationsprozesse zugunsten von Mittelstädten festgestellt werden, wodurch Gemeinden mit geringer Zentralität zusätzlich unter Anpassungsdruck geraten.

Die gegenwärtige raumstrukturelle Entwicklung stellt sich insgesamt als Konzentrationsprozess dar, der auf interregionaler Ebene (Agglomerationsraum und ländliche Räume) ebenso ausgebildet ist wie auf intraregionaler Ebene (Kern- und Mittelstädte und ihr Umland) (siehe zum Beispiel Brachat-Schwarz 2008; Brachat-Schwarz 2010 sowie die Beiträge von Brachat-Schwarz/Schmidt und Schmitz-Veltin in diesem Band).

## 3 Anforderungen an eine neue Raumentwicklungspolitik

Die in Abschnitt 2.1 und 2.3 aufgezeigten Entwicklungen mahnen eine veränderte räumliche Entwicklungspolitik in ländlich geprägten Räumen dringend an. Zwar lässt sich festhalten, dass Baden-Württemberg vom demographischen Wandel im Ländervergleich weniger stark betroffen ist. Auch kann plausibel vermutet werden, dass die Wanderungsverluste bei jüngeren Erwachsenen aufgrund der in den kommenden Jahren sinkenden Besetzungsquoten dieser Altersgruppe rückläufig sein werden. Nichtsdestotrotz fordert der durch Reurbanisierungsprozesse verstärkte Bevölkerungsrückgang, gekoppelt an eine dynamische Alterung der Bevölkerung und ein Abschmelzen des Erwerbspersonenpotenzials, die Politik heraus. Ländlichen Räumen droht nicht nur ein Zurückbleiben

gegenüber den stärker verdichteten Landesteilen, sondern auch ein binnenräumlicher Polarisierungsprozess mit verstärkten wirtschaftlichen Disparitäten und übermäßig abweichenden Lebensbedingungen. Es gilt daher, an den richtigen Stellschrauben für eine auch zukünftig stabile wirtschaftliche Entwicklung und hohe Lebensqualität in ländlichen Gemeinden zu drehen.

Dabei ist zunächst anzuerkennen, dass dem Bevölkerungsrückgang in ländlichen Räumen nicht flächenhaft entgegengewirkt werden kann. Dennoch stehen das Land, die Kreise und Gemeinden in der Verantwortung, mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten negativ-zirkuläre Prozesse zu dämpfen, die sich aus einer Kausalität von Bevölkerungsverlusten, Tragfähigkeitsverlusten der Infrastruktur, Facharbeitskräftemangel und Unternehmensabwanderungen ergeben könnten. Gleichzeitig ist zu konstatieren, dass sich die Rahmenbedingungen ländlicher Entwicklungspolitik in den vergangenen Jahren entscheidend verändert haben. Die finanzpolitischen Spielräume der öffentlichen Hand für eine breite „Auffangplanung“ zugunsten der in ihrer Entwicklung zurückbleibenden Teile des ländlichen Raumes dürften in den kommenden Jahren deutlich kleiner sein als noch in den letzten Dekaden des vergangenen Jahrhunderts. Die Zeiten, in denen gewünschte räumliche Entwicklungen vor allem mit dem „Medium Geld“ angestoßen oder unterstützt wurden, scheinen auch in Baden-Württemberg vorbei zu sein. Damit sind die Reichweite und Eingriffstiefe einer realistischen Politik für den ländlichen Raum neu zu definieren.

Die ländliche Struktur- und Entwicklungspolitik hat über Jahrzehnte das vorrangige Ziel verfolgt, strukturschwachen Regionen den „Anschluss nach oben“ zu ermöglichen. Eine primär wachstumsorientierte Politik, die darauf abzielt, Bevölkerungsrückgängen und wirtschaftlicher Stagnation mit Wachstumsanreizen (zum Beispiel durch die Verbesserung der regionalen und lokalen Infrastruktur und die Förderung von Unternehmensansiedlungen) entgegenzuwirken, ist jedoch in Regionen mit anhaltenden Schrumpfungsprozessen nicht erfolversprechend, angesichts leerer Staatskassen nicht einmal mehr möglich. Erforderlich sind vielmehr Konzepte, die eine örtliche Anpassung an veränderte demographische Realitäten ermöglichen. „Anpassung“ bedeutet dabei, bestehende Strukturen und Systeme auf Bedingungen einer schrumpfenden und alternenden Bevölkerungsbasis einzustellen.

Geboten ist eine regional- und standortdifferenzierte Raumentwicklungspolitik, die stärker auf die spezifischen teilräumlichen Bedingungen und Zukunftsaussichten abstellt. In bislang wirtschaftlich erfolgreichen und demographisch stabilen Regionen des ländlichen Raumes können Verbesserungen der technischen und sozialen Infrastruktur mit dem Ziel einer Attraktivierung für Zuwanderung (auch aus dem Ausland) durchaus sinnvoll sein. Das gleiche gilt möglicherweise aber nicht für Regionen, in denen bereits heute Schrumpfungsprozesse in relevantem Umfang festzustellen sind und in denen folglich die Tragfähigkeit der Daseinsvorsorge unter Druck steht. Hier sind eher Anpassungs- und Umbaukonzepte vonnöten, die darauf abzielen, eine hohe Lebensqualität für die Bestandsbevölkerung auch unter Bedingungen geringerer demographischer Tragfähigkeit zu erhalten.

Eine realistische Raumentwicklungspolitik wird räumliche und sachliche Schwerpunkte setzen müssen. In räumlicher Hinsicht ist zu empfehlen, ein Netz leistungsfähiger Mittelstädte zu stärken, in denen attraktive Bildungs-, Forschungs- und Kultureinrichtungen mit verantwortbaren Vorhaltungskosten angeboten werden können. Wenn im Übergang zur Wissensökonomie Bildung zum entscheidenden Produktionsfaktor wird, sind solche Standorte zu stärken, an denen die Weitergabe von Wissen und die Diffusion von Inno-

vationen aufgrund der räumlichen Nähe von Wissensträgern, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und betrieblichen FuE-Abteilungen einfacher vonstattengeht – dies sind primär diejenigen Mittelstädte, die über Fachhochschulen und Berufsschulen verfügen. Investitionen in die Infrastruktur dieser Standorte sollten daher Vorrang gegenüber ländlichen Kleingemeinden haben.

Die Vorgabe eines solchen raum- und siedlungsstrukturellen Rahmens für die zukünftige Standort- und Strukturpolitik entfaltet zudem eine nicht zu unterschätzende Orientierungswirkung für die Fachplanungsträger wie auch die privaten Akteure und ihre mittel- und langfristigen Standort- und Investitionsentscheidungen. Darüber hinaus erscheint eine territoriale Fokussierung der Entwicklungs- und Förderpolitiken auch angesichts verengter fiskalischer Handlungsmöglichkeiten dringend geboten, gleichwohl erfordert sie erhebliche politische Vermittlung bei den lokalen und regionalen Entscheidungsträgern. Denn in Zukunft werden auch solche Gebiete benannt werden müssen, in denen ein Ausbau von Infrastruktur, ja selbst Instandhaltungsinvestitionen nicht mehr sinnvoll erscheinen.

Die Anpassung an den demographischen Wandel ist indes keine staatliche Aufgabe allein, sie verlangt vielmehr nach einer umfassenden kommunalen Entwicklungspolitik. Während die Gemeinden die Ursachen des demographischen Wandels kaum beeinflussen können, verfügen sie bei der Anpassung an rückläufige Bevölkerungszahlen und eine alternde Gesellschaft über wirkungsvolle Instrumente, mit welchen negative Auswirkungen begrenzt werden können. Insbesondere die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge muss hier als prioritäres Handlungsfeld genannt werden, welches den Entscheidungsträgern bereits heute langfristig orientierte Entscheidungen abverlangt. Von zentraler Bedeutung sind dabei eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit und eine übersektorale Perspektive bei der Planung und Bewirtschaftung von Infrastrukturleistungen. Die äußerst komplexen Aufgaben im Umgang mit demographischen Schrumpfungsprozessen werden von den meisten ländlichen Gemeinden nicht alleine bewältigt werden können. Dem immer noch verbreiteten „Kirchturmdenken“ lokaler Entscheidungsträger muss zukünftig eine stärker kooperativ angelegte Politik entgegengehalten werden. Insbesondere bei der Anpassung der Infrastruktur bedarf es geeigneter interkommunaler Abstimmungen. So könnten in Zukunft Kultur- und Freizeiteinrichtungen von mehreren benachbarten Gemeinden gemeinsam betrieben und finanziert werden. Auch in der Abstimmung der Siedlungsflächenausweisung und Einzelhandelspolitik ist verstärkte Kooperation dringend erforderlich.

Ein geeigneter Ansatzpunkt könnte diesbezüglich auch in der Etablierung von nachbarschaftlichen Handlungsräumen sein, wie dies beispielsweise im Schweizer „Raumkonzept“ (UVEK/KdK/BPUK et al. 2011: 63 ff.) vorgesehen ist. In solchen dezentralen Gebietskulissen werden die jeweiligen Handlungsherausforderungen benannt und regional angepasste Entwicklungsstrategien formuliert. Dies beinhaltet auch, dass die Akteure der einzelnen Handlungsräume die jeweiligen Stärken ihres Raumes identifizieren und weiterentwickeln. Mit den Instrumenten der „regionalen Verantwortungsgemeinschaft“ sowie der „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ (BMVBS 2011) existieren bereits beispielhafte Anknüpfungspunkte für solche eher informellen, sektorübergreifenden und kooperativ orientierten Entwicklungsstrategien, mit denen staatliche, kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam getragene Leitlinien für die Entwicklungspolitik formulieren. Es ist zu prüfen, ob die Vergabe staatlicher Fördermittel für Infrastrukturmaßnahmen in Zukunft an die Existenz solcher Konzepte gebunden werden sollte.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass der Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum nicht aufzuhalten ist. Ob reurbanisierungsbedingte Wanderungsverluste auch in den kommenden Jahren in relevanter Größenordnung am Schrumpfungsprozess beteiligt sein werden, kann hier nicht abschließend beurteilt werden. Unstrittig dürfte jedoch sein, dass der natürliche Bevölkerungsrückgang durch die immer geringer besetzten Altersgruppen im familienrelevanten Alter an Dynamik gewinnen wird. Dies gilt zwar auch für die verdichteten Landesteile, aufgrund des höheren Durchschnittsalters im ländlichen Raum wird dieser Prozess dort aber eher und wirkmächtiger durchschlagen.

Die Folgen des demographischen Wandels sind allerdings gestaltbar und dies muss die positive Botschaft der Handlungsträger im ländlichen Raum sein. Erfolgreich werden diejenigen Regionen und Kommunen im Anpassungsprozess sein, die das Thema nicht tabuisieren, die frühzeitig Anpassungsstrategien entwickeln und die kooperativ mit den Nachbarn nach Lösungen suchen. Bund und Land sind dazu aufgefordert, eine solche Entwicklung mit den richtigen Weichenstellungen anzustoßen und zu begleiten.

## Literatur

- Bade, F.-J.; Niebuhr, A. (1999): Zur Stabilität des räumlichen Strukturwandels. In: Jahrbuch für Regionalwissenschaft 19 (2), 131-156.
- Banse, J.; Effenberger, K.-H. (2006): Deutschland 2050 – Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Wohnungsbestand. Dresden. = IÖR-Texte 152.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2011): Zurück in die Stadt oder: Gibt es eine neue Attraktivität der Städte? Bonn. = BBSR-Berichte kompakt 2/2011.
- Beetz, S. (Hrsg.) (2007): Die Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin. = Materialien der interdisziplinären Arbeitsgruppe 14.
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2011): Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Denkanstöße für die Praxis. Berlin.
- Brachat-Schwarz, W. (2008): Reurbanisierung – Gibt es eine „Renaissance der Städte“ in Baden-Württemberg? In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2008 (11), 5-13.
- Brachat-Schwarz, W. (2010): Aktuelle Trends im Wanderungsgeschehen in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2010 (11), 20-24.
- Brandt, A.; Krätke, S.; Hahn, C.; Borst, R. (2008): Metropolregionen und Wissensvernetzung: eine Netzwerkanalyse innovationsbezogener Kooperationen in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen. Berlin. = Beiträge zur europäischen Stadt- und Regionalforschung 6.
- Buch, T.; Hamann, S.; Niebuhr, A. (2010): Der Wettbewerb um kluge Köpfe nimmt zu. Wanderungsbilanzen deutscher Metropolen. Nürnberg. = IAB-Kurzbericht 16/2010.
- Dominé, A. (2007): Dynamik des Ländlichen Raums Baden-Württembergs wird schwächer. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2007 (5), 49-53.
- Geppert, K.; Gornig, M. (2010): Mehr Jobs, mehr Menschen: die Anziehungskraft der großen Städte wächst. In: DIW-Wochenbericht 2010 (19), 2-10.
- Herfert, G.; Osterhage, F. (2012): Wohnen in der Stadt: Gibt es eine Trendwende zur Reurbanisierung? Ein quantitativ-analytischer Ansatz. In: Brake, K.; Herfert, G. (Hrsg.): Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland. Wiesbaden, 86-112.
- Hesse, M. (2008): Reurbanisierung? Urbane Diskurse, Deutungskonkurrenzen, konzeptuelle Konfusion. In: Raumforschung und Raumordnung 66 (5), 415-428.
- Hirschle, M.; Schürt, A. (2008): Suburbanisierung ... und kein Ende in Sicht? Intraregionale Wanderungen und Wohnungsmärkte. In: Informationen zur Raumentwicklung 2008 (3/4), 201-227.

- Just, T. (2004): Demografische Entwicklung verschont öffentliche Infrastruktur nicht.  
[http://www.dbresearch.de/PROD/DBR\\_INTERNET\\_DE-PROD/PROD00000000000079016.pdf](http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD00000000000079016.pdf) (22.10.2014).
- Köppen, B. (2005): Zurück in die Stadt oder Schrumpfung überall? Reurbanisierung und Schrumpfung in ostdeutschen Städten. In: Städte im Umbruch 2005 (3), 31-36.
- Koziol, M. (2004): Folgen des demographischen Wandels für die kommunale Infrastruktur. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 2004 (1), 69-83.
- Kujath, H.-J., Schmidt, S. (2007): Wissensökonomie und die Entwicklung von Städtesystemen.  
[http://www.irs-net.de/download/wp\\_staedtesysteme.pdf](http://www.irs-net.de/download/wp_staedtesysteme.pdf) (22.10.2014).
- Peschel, K.; Bröcker, J. (1988): Die Arbeitsmarktentwicklung in den Raumordnungsregionen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1970 und 1984. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Analyse regionaler Arbeitsmarktprobleme. Hannover, 7-48. = Forschungs- und Sitzungsberichte aus der ARL 168.
- Schiller, G.; Siedentop, S. (2005): Infrastrukturfolgekosten der Siedlungsentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen. In: disP-The Planning Review 2005 (160), 83-93.
- Seitz, H. (1995): Konvergenz: Theoretische Aspekte und empirische Befunde für westdeutsche Regionen. In: Konjunkturpolitik, Heft 41, S. 168-198.
- Siedentop, S. (2008): Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. In: Informationen zur Raumentwicklung 2008 (3/4), 193-210.
- Siedentop, S.; Junesch, R.; Uphues, N.; Schöfl, G. (2011): Der Beitrag der ländlichen Räume Baden-Württembergs zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion – Positionsbestimmung und Zukunftsszenarien. Forschungsvorhaben im Auftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz des Landes Baden-Württemberg. Stuttgart.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2010): Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg 2030 – Gesundheits- und Pflegeberufe in den Stadt- und Landkreisen. Stuttgart. = Presseheft 01/2010.
- UVEK – Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation; KdK – Konferenz der Kantonsregierungen; BPUK – Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz; SSV – Schweizerischer Städteverband; SGV – Schweizerischer Gemeindeverband (Hrsg.) (2011): Raumkonzept Schweiz. Bern.
- Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2002): Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg – LEP 2002.  
[http://mvi.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/mmvi/intern/dateien/Broschueren/Landesentwicklungsplan\\_2002.PDF](http://mvi.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/mmvi/intern/dateien/Broschueren/Landesentwicklungsplan_2002.PDF) (25.06.2015).

## Autoren

Prof. Dr. **Stefan Siedentop** (\*1966), Studium der Raumplanung an der TU Dortmund (1988-1994), Promotion an der TU Dortmund (2001), Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) (1994-2007), Professor für Raumentwicklungs- und Umweltplanung und Leiter des Instituts für Raumordnung und Entwicklungsplanung (IREUS) an der Universität Stuttgart (2007-2013), seit 2013 Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS), Dortmund; Mitglied der ARL.

**Norbert Uphues** (\*1980), Studium der Wirtschaftsgeographie an der RWTH Aachen (2001-2009), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung (IREUS) an der Universität Stuttgart (2009-2011); seit 2012 Referent der IHK Südlicher Oberrhein, dort zuständig für das Aufgabengebiet Regionalpolitik, Statistik und Konjunktur.